

FREIBURG

www.badische-zeitung.de/freiburg

Eine heiße Ballnacht

Der Uni-Sommerball fand bei tropischen Temperaturen statt – dennoch wurde bis in den Morgen getanzt.

Seite 24

Infotag an der Uniklinik

Informationen zum Thema Krebs gab es an der Uniklinik – Einblicke bot ein begehbares 3D-Modell eines Darms.

Seite 24

Gewagte Sprünge mit dem Brett

Freiburgs Skateboarder haben am Samstag am Haus der Jugend wieder ihre Stadtmeister ermittelt.

Seite 25

Gegen einen Einheitsbrei

Die neue Kultusministerin Marion Schick diskutierte mit dem CDU-Kreisverband über das Thema Schule.

Seite 25

Ein Dämpfer aus Berlin

Auf der Prioritätenliste von Verkehrsminister Ramsauer hat der Stadttunnel keine Chance / Planung nur mit Halbanchluss?

VON UNSEREM REDAKTEUR UWE MAUCH

Die Chancen für den geplanten Stadttunnel haben einen Dämpfer erhalten. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer hat angekündigt, aufgrund der Haushaltslage nur noch solche Straßenprojekte zu verfolgen, die einen hohen Kosten-Nutzen-Faktor haben. Davon ist der Stadttunnel weit entfernt. Derweil hat sich im Regierungspräsidium ein vierköpfiges Team aus Ingenieuren gebildet, das die Pläne vorantreibt – allerdings ist bislang nur ein Halbanchluss in Höhe des Ganter-Knotens vorgesehen. Das würde bedeuten, dass der Verkehr dort entweder rein- oder rausfahren kann, aber nicht beides.

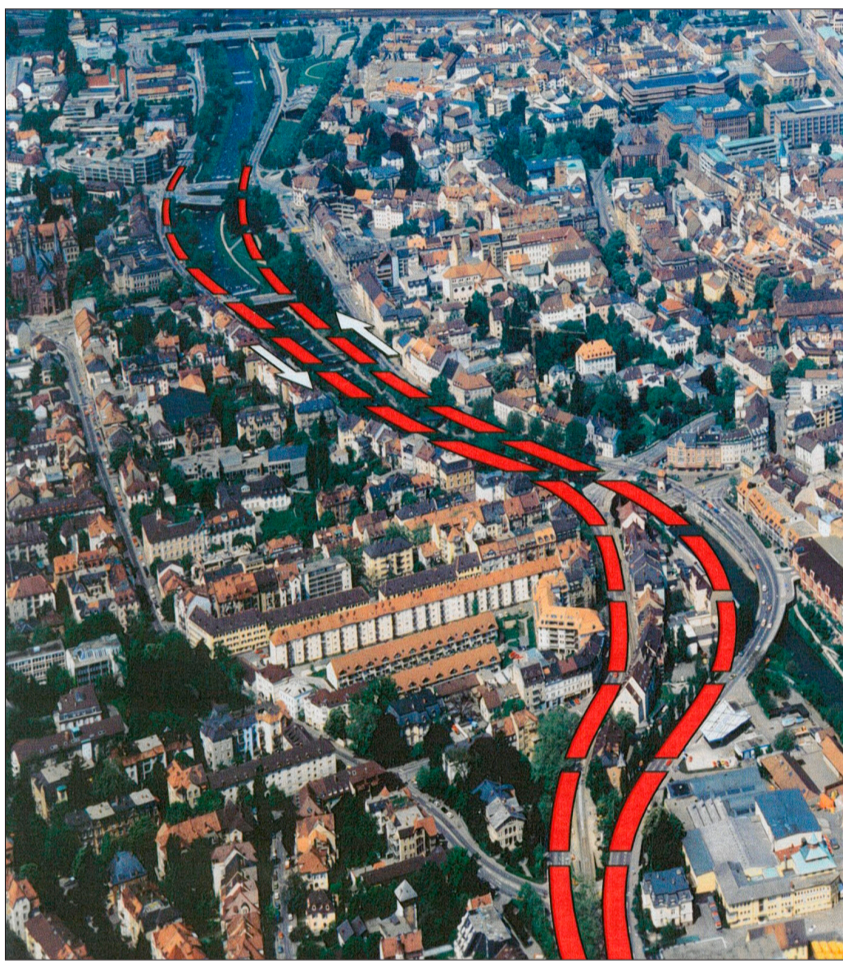
„Der Auftrag ist klar“, sagt Hans-Joachim Bumann, der im Regierungspräsidium (RP) als Abteilungsleiter für Straßenwesen und Verkehr zuständig ist: baureife Entwürfe für Stadttunnel und Falkensteigtunnel bis Ende 2013. So haben es Stadt und Landkreis mit der Landesregierung ausgehandelt (siehe Info-Box). Das RP, das als Landesbehörde sozusagen die Regierung vor Ort vertritt, hat die Federführung und hält sich an das, was vereinbart ist: Der Stadttunnel soll als „Außerortstrecke“ geplant werden.

Das klingt seltsam für einen Tunnel unter einer Stadt hindurch, hat aber gravie-

rende Folgen. Eine Außerortstrecke, die der Bund bezahlt, ist nicht für innerstädtischen Verkehr gedacht. Deshalb ist ein Vollanschluss an jener Stelle, wo der Stadttunnel an den bestehenden Schützenalleeentunnel andockt, nicht vorgesehen. Geplant ist lediglich eine Abfahrt gen Westen und eine Zufahrt gen Osten. Das hieß zu dem Beispiel, dass der Verkehr von der Autobahn zum SC-Stadion bis nach Kappel fahren müsste. Wollte die Stadt dennoch einen Vollanschluss, müsste sie gleich als Bauherr des Tunnels auftreten und etwa ein Drittel der Kosten tragen. Finanzbürgermeister Otto Neideck kündigte gegenüber der BZ an, „mit dem Regierungspräsidium nach einer Lösung zu suchen, die planungsrechtlich den Vollanschluss ermöglicht“.

Davon weiß Chefplaner Bumann noch nichts. Nachdem sich die Suche nach qualifizierten Ingenieuren als sehr schwierig entpuppte, hat er seit kurzem sein Team komplett. Das Quartett sichtet die vorhandenen Unterlagen und bereitet Untersuchungen zu Geologie, Umwelt, Schall, Leitungen vor. Das europaweit ausgeschriebene Verfahren fürs Verkehrsgutachten läuft bereits. Am Ende steht dann ein Abwägungsprozess verschiedener Trassenvarianten, sagt RP-Jurist Andreas Milsch. Dann legen sich Planer, Juristen, Politiker auf eine Variante für den Planfeststellungsbeschluss fest – allein dafür gehen noch einmal fünf Jahre ins Land.

Ob es soweit überhaupt kommt, steht in den Sternen. Bundesverkehrsminister Ramsauer hat im Verkehrsausschuss des Bundestags die Sanierung der Fernstraßen zum Schwerpunkt erklärt. Neue Projekte müssten besonders wirtschaftlich sein, erklärte das Ministerium gegenüber der BZ. Der Abgeordnete Winfried Hermann (Grüne) konkretisierte diese Aussage: Ramsauer fordere einen Kosten-Nutzen-Faktor von mindestens 4. Die Skala reicht von 1 bis 8 – der Stadttunnel liegt bei 1,3. Prioritäten zu setzen, so das Ministerium, sei im Koalitionsvertrag enthalten und Sache der laufenden Verwaltung. Ein Beschluss des Bundestags sei nicht nötig. Das finanzielle Engagement von Stadt und Kreis unterstreiche zwar das Interesse vor Ort. „Bei der jetzt vorzunehmenden Priorisierung spielt dies allerdings keine Rolle.“ „Münstereck“



Unterirdisch durch Freiburg: der Stadttunnel

FOTO: STADTVERWALTUNG

INFO

DER STADTTUNNEL

Seit 2002 rollt der Verkehr durch Freiburg auf der neuen B 31: vom Dreisamtal durch zwei Tunnels ins Zentrum. Aus Kostengründen wurde der direkt anschließende „Stadttunnel“ verschoben – die scharfen Kurven am Schützenalleeentunnel sind die geplante Zu- oder Abfahrt. Der Stadttunnel soll die 1,8 Kilometer lange unterirdische Verbindung zum Autobahnzubringer-Mitte sein. Geplant sind zwei Röhren mit je zwei Spuren links und rechts der Dreisam. Kosten: geschätzte 320 Millionen Euro. Das Projekt ist im Fernstraßenplan als „vordringlich“ eingestuft – allerdings nur eine Röhre. Die zweite Röhre hat nur Planungsrecht.

Wenn der Bundestag im Jahr 2015 den Fernstraßenplan fortschreibt, soll der komplette Stadttunnel in die höchste Priorität rutschen. Um die Chancen zu erhöhen, haben sich Freiburg und der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald zusammengetan und mit der Landesregierung eine Ausnahmeregelung getroffen: Sie finanzieren die Planungskosten für den Stadttunnel (5 Mio) und für den Falkensteigtunnel bei Buchenbach (2,3 Mio) vor. Das Ziel: Wenn Entwurfspläne vorliegen, komme die Politik nicht umhin, diese auch „vordringlich“ einzustufen. Scheitert die Idee, bleiben die Kosten an Stadt und Kreis hängen.

mac



Demo für den Stadttunnel: den Anwohnern reicht's.

FOTO: SCHNEIDER

Treibt eine Freiburger Demo die Landesstatistik hoch?

Ein Anstieg um 400 linke Straftaten im Verfassungsschutzbericht 2009 könnte an einer Freiburger Antifa-Demonstration liegen

Ist eine einzige Demo in Freiburg der Grund für den Anstieg der linksextremistischen Straftaten im Land? Der Verfassungsschutzbericht für 2009 verzeichnete fast 400 linksextremistische Straftaten mehr. Das könnte rechnerisch fast von der Demonstration im November 2009 in Oberlinden stammen, sagt die grüne Stadträtin und Landtagsabgeordnete Edith Sitzmann. Sie hat beim Innenministerium angefragt, ob es einen Zusammenhang gibt.

Von einer alarmierenden Zunahme linksextremistischer motivierter Straftaten hatte Minister Heribert Rech im März gesprochen. Der Bericht wies einen Anstieg der Straftaten von 294 (2008) auf 686 aus. Wenn das größtenteils an einer einzigen Demo liegt und es sich nur um Anzeigen und nicht um Ver-

urteilungen handelt, muss Rech seine Bewertung relativieren, findet Sitzmann: „Dann stimmen die Relationen nicht.“ Rech hat als Beispiel für die Gewaltbereitschaft der Szene die Ausschreitung am 1. Mai 2009 in Ulm und die Auseinandersetzung in Freiburg genannt.

Die Polizei hatte den unangemeldeten Protestzug der „Autonomen Antifaschisten“ verhindert und das Versammlungsverbot durchgesetzt. Rund 800 Demonstranten standen 738 Beamte gegenüber. Flaschen und Böller flogen, die Polizei setzte Schlagstöcke und Pfefferspray ein, es gab Festnahmen und Platzverweise. Sie nahm 381 Personalien auf. Rech gab auf eine erste Anfrage Sitzmanns an, dass zu jenem Zeitpunkt gegen 128 Beschuldigte wegen 147 Straftaten ermittelt wird. Das war noch im November. Inzwi-

schen kursieren andere Zahlen. Die Antifa sagt, dass fast 400 Straftaten angezeigt wurden. Das entspreche ziemlich genau dem Anstieg, sagt einer ihrer Vertreter. Ein Großteil der Ermittlungen sei jedoch eingestellt. „Aus unserer Sicht ist das Manipulation der Statistik.“

Fakt ist: Die Polizeistatistik erfasst eine Anzeige als Straftat – unabhängig, ob es zur Verurteilung kommt. „Das ist eine reine Eingangsstatistik“, sagt ein Sprecher Rechts. In der Lande nicht jeder, dessen Personalien festgestellt wurden, nur wer eine Strafanzeige bekommt. Die Frage ist aber: Wie viele Anzeigen von der Antifa-Demo stehen im Verfassungsschutzbericht? Das werde nun untersucht.

Laut Freiburger Polizei wurden etwa 290 Ordnungswidrigkeiten und Straftaten angezeigt. Davon betrafen nur 36 die

politisch motivierte Kriminalität, die in den Verfassungsschutzbericht fließt. Darunter fällt etwa Landfriedensbruch.

Die Polizeistatistik ist das eine, das andere die Arbeit der Justiz. Strafanzeigen gehen zum Staatsanwalt. Etwa 250 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet, sagt Oberstaatsanwalt Wolfgang Maier. Noch sind rund 100 offen, bislang 150 erledigt. „Davon haben wir 120 auf dem Schreibtisch eingestellt.“ Darunter alles, was mit dem Vorwurf der Uniformierung zu tun hatte; auch wenn ganz in Schwarz gekleidete Menschen im Winter einen Schal um den Mund hatten. Bleiben 30, bei denen es zur Hälfte um Vermummung geht, beim Rest um Landfriedensbruch oder Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Die 30 Fälle gehen ans Gericht. Ob jemand verurteilt wird, ist noch offen. sh

MÜNSTERECK

Pläne für den Stadttunnel

Zementierter Unsinn

Wann und ob der Stadttunnel jemals links und rechts der Dreisam unter Freiburg hindurch führen wird, steht in den Sternen. Dem politischen Schicksal kräftig nachhelfen wollen Stadt und Landkreis, indem sie die Entwurfsplanungen für den sagenhaft teuren Stadttunnel und den immer noch teuren Falkensteigtunnel gemeinsam anpacken und vorfinanzieren. Ein Risiko ohne Alternative, das Oberbürgermeister Dieter Salomon und Landrätin Dorothea Störr-Ritter vor ziemlich genau einem Jahr eingegangen sind. Ohne diesen finanziellen Einsatz hätten die beiden Großprojekte nicht einmal den Hauch einer Chance. Dass die Vereinbarung mit der Landesregierung vorsieht, den Stadttunnel als „Außerortstraße“ zu planen, ist allerdings ein gesetzlich zementierter Unsinn. Der Bund finanziert in der Regel nur Straßen, die keinen innerstädtischen Verkehrsbeziehungen dienen. Genau das wäre aber der Fall, wenn der Stadttunnel am Ganter-Knoten sowohl Zu- als auch Abfahrten erhielte. Was äußerst sinnvoll und wünschenswert ist, spielt in dieser finanzarithmetischen Betrachtung bislang jedoch keine Rolle. Weil die Stadt unmöglich einen gigantischen Tunnel bezahlen kann, wird mit Halbanchluss geplant. Das kann nicht das letzte Wort sein, zumal es immer um das Geld des Steuerzahlers geht – egal, aus welchem Topf es stammt und wie der Bauherr heißt. Dass Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer aktuell allen Projekten eine Abfuhr erteilt hat, die besonders teuer sind und vergleichsweise wenig Nutzen bringen, ist durchaus richtig. Gerade in der Wirtschaftskrise. Aber seine Ansage ist eine Momentaufnahme – wie lange sie dauern wird, ist genau so offen wie die Frage, wer regiert, wenn der Fernstraßenplan fortgeschrieben wird. Uwe Mauch

Zehnjährige Radlerin von Auto angefahren

Verletzt wurde ein 10-jähriges Mädchen, das am Samstag gegen 17.20 Uhr auf der Opfinger Straße in Richtung Carl-Kistner-Straße fuhr. Ein weißer Geländewagen, der von der Opfinger in die Uffhauser Straße abbog, nahm dem Mädchens die Vorfahrt, das stürzte und leicht verletzt wurde. Der Geländewagen fuhr laut Polizei weiter in die Uffhauser Straße Richtung Norden. Zeugen sollen sich bei der Polizei melden: ☎ 0761 / 8824371.

Museum für Neue Kunst öffnet morgen wieder

Das Museum für Neue Kunst, Marienstraße 10a, öffnet morgen, Dienstag, nach vierwöchiger Komplettschließung wieder. Das Erdgeschoss mit Werken der Klassischen Moderne sowie das Café sind dann wie gewohnt dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr zugänglich. Die beiden Obergeschosse bleiben weiterhin zu – der Bissier-Raum voraussichtlich bis Oktober, das 1. Obergeschoss bis November. Dann wird dort die Ausstellung „Farbwellen – von Monet bis Yves Klein. Werke aus den Kunstmuseen Krefeld“ gezeigt.